



## **Antrag**

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Versorgungssituation von Menschen mit Post-COVID und ME/CFS nachhaltig verbessern**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Die gesundheitlichen und gesellschaftlichen Folgen einer Infektion mit SARS-CoV-2 wirken bei einigen Fällen in Form von Post-COVID fort. Ein Teil der Post-COVID-Betroffenen entwickelt schwerwiegende, zum Teil dauerhafte Krankheitsbilder wie Myalgische Enzephalomyelitis/Chronisches Fatigue-Syndrom (ME/CFS).
2. Die Erkrankung ME/CFS ist mit erheblichen Einschränkungen der Lebensqualität verbunden. Insbesondere Schwerstbetroffene sind oftmals dauerhaft haus- oder bettgebunden und in besonderem Maße auf eine koordinierte, interdisziplinäre und niedrighschwellige Versorgungsstruktur angewiesen.
3. Als Ergebnis dieser Gespräche wurde ein Runder Tisch „Post-COVID/ME/CFS“ unter Beteiligung aller maßgeblichen Institutionen eingerichtet. Die konstituierende Sitzung fand im November des vergangenen Jahres statt. Für das laufende Jahr sind vier weitere Sitzungen vorgesehen.
4. Der Runde Tisch befasst sich umfassend mit allen relevanten Fragestellungen im Zusammenhang mit Post-COVID und ME/CFS, insbesondere mit der Verbesserung der medizinischen und therapeutischen Versorgung sowie mit der Situation der Schwerstbetroffenen.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. den begonnenen strukturierten Dialog im Rahmen des Runden Tisches „Post-COVID/ME/CFS“ fortzuführen und die Arbeit mit den entsprechenden Selbsthilfeorganisationen zu unterstützen;
2. auf Grundlage der Ergebnisse des Runden Tisches konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungssituation von Menschen mit Post-COVID und ME/CFS – insbesondere Schwerstbetroffener – zu prüfen und wenn möglich umzusetzen;
3. zu prüfen, wie bestehende Versorgungsstrukturen – insbesondere im hausärztlichen, fachärztlichen, therapeutischen sowie im Bereich der aufsuchenden Versorgung – besser auf die besonderen Bedarfe dieser Patientengruppe ausgerichtet werden können;
4. sich weiterhin auf Bundesebene und insbesondere im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz für eine Klärung versorgungsrechtlicher Fragen sowie für eine Weiterentwicklung geeigneter Versorgungsmodelle einzusetzen (wie z.B. auf schnellere Medikamentenzulassungen über die bestehenden Off-Label-Use-Cases hinaus hinzuwirken);
5. die Erfahrungsberichte von Patientinnen und Patienten, sowie Betroffenen und Angehörigen in die Gestaltung der PCS-Ambulanzen (Post-Covid-Syndrom) an den UKSH-Standorten Lübeck und Kiel einfließen zu lassen und das UKSH bei einer patientensensiblen Gestaltung zu unterstützen.

Begründung:

Die Zahl der Menschen mit Post-COVID-Symptomatik und ME/CFS stellt das Gesundheitswesen weiterhin vor erhebliche Herausforderungen. Die komplexe Symptomatik, der häufig chronische Verlauf und die teils extreme Einschränkung der Betroffenen erfordern eine koordinierte, multiprofessionelle Versorgung. Die bisherigen parlamentarischen Beratungen sowie die Einrichtung des Runden Tisches zeigen, dass ein breiter Konsens über den Handlungsbedarf besteht. Ziel ist es, die bestehenden Strukturen weiterzuentwickeln, Versorgungslücken zu identifizieren und tragfähige Lösungen insbesondere für Schwerstbetroffene zu entwickeln. Die Einbindung der Thematik in die Beratungen der Gesundheitsministerkonferenz unterstreicht die bundesweite Relevanz. Das Land soll diesen Prozess weiterhin aktiv begleiten.

Hauke Hansen  
und Fraktion

Jasper Balke  
und Fraktion